

14 Empfehlungen

**zur Behandlung der
deutsch-polnischen Beziehungen
in den Schulbüchern der
Volksrepublik Polen
und der
Bundesrepublik Deutschland**

Bericht über
die erste deutsch-polnische
Schulbuchkonferenz
der Deutschen und der Polnischen
UNESCO-Kommission
vom 22. bis 26. Februar 1972
in Warschau

VORWORT

Die Kulturorganisation der Vereinten Nationen, die 1946, nach dem furchtbarsten Krieg der Menschheitsgeschichte gegründet wurde, bekennt sich in ihrer Verfassung zu einer aktiven Politik der Friedenssicherung: „Die Regierungen der Vertragsstaaten dieser Satzung“, heißt es zu Beginn, „erklären im Namen ihrer Völker, daß, da Kriege im Geist der Menschen entstehen, auch die Bollwerke des Friedens im Geist der Menschen errichtet werden müssen; daß mangelndes gegenseitiges Verständnis im Laufe der Geschichte der Menschheit immer wieder Argwohn und Mißtrauen zwischen den Völkern der Welt hervorgerufen hat, wodurch ihre Meinungsverschiedenheiten nur allzu oft zum Krieg geführt haben; daß der große und furchtbare Krieg, der jetzt zu Ende ist, durch die Verleugnung der demokratischen Grundsätze der Würde, Gleichheit und gegenseitigen Achtung der Menschen möglich wurde, sowie dadurch, daß an deren Stelle unter Ausnutzung von Unwissenheit und Vorurteilen die Lehre eines unterschiedlichen Wertes von Menschen und Rassen verbreitet wurde . . .“

Die UNESCO betrieb daher von Anbeginn Konflikts- und Friedensforschung, mit dem praktischen Ziel, die wissenschaftlichen Voraussetzungen für eine realistische Friedenspolitik zu schaffen. Wie die Kulturorganisation der Genfer Liga, das Komitee für intellektuelle Zusammenarbeit der 20er und 30er Jahre, versuchte auch die UNESCO die Erziehung, den Bildungsprozeß in allen Phasen des menschlichen Lebens und der menschlichen Entwicklung in den Dienst einer weltweiten Friedensstrategie zu stellen. Ihre besondere Aufmerksamkeit widmete sie dabei den Schulbüchern und Lehrmitteln für die politisch bildenden Fächer, deren permanente Anpassung an den neuesten Forschungs- und Erkenntnisstand, deren kritische Diskussion und Verbesserung durch internationale Arbeitsgemeinschaften von Historikern und Geographen, Schulbuchautoren und -verlegern, von praktisch erfahrenen Pädagogen bereits nach dem I. Weltkrieg gefordert und z. T. auch praktiziert worden war.

Durch zahlreiche Veröffentlichungen und internationale Seminare, durch ein eigenes Schulbuchprogramm im Rahmen des „Major Pro-

jects“ Orient-Okzident, durch die Ermutigung und Förderung aller einschlägigen Aktivitäten der einzelnen Nationalkommissionen, der Lehrerorganisationen und anderer interessierten Organisationen und Institutionen hat die UNESCO wesentlich zu den Erfolgen der internationalen Schulbuchrevision in den 50er und 60er Jahren beigetragen.

Die Deutsche UNESCO-Kommission, die Lehrerverbände, Schulbuchverlage und die pädagogisch interessierte Öffentlichkeit der Bundesrepublik haben an diesen Bestrebungen lebhaften Anteil genommen. Die Nationalkommission und das ihr eng verbundene Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig waren dabei von jeher an einer Zusammenarbeit mit polnischen Kollegen interessiert. Die Entwicklung der letzten Jahre, vor allem aber der Warschauer Vertrag haben die Realisierung dieser Pläne und Hoffnungen ermöglicht. Auf Einladung der UNESCO-Kommission der Volksrepublik Polen trafen sich im Februar 1972 Historiker, Geographen und Schulbuchexperten beider Länder im Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, um in einer ersten Fühlungnahme über die Methoden und Probleme einer bilateralen Schulbuchrevision zu beraten. Trotz der Fülle der offenen Fragen gelang es, provisorische Empfehlungen für die Schulbuchautoren und Lehrer beider Länder zu erarbeiten, erste Anregungen und Problembeschreibungen, die auf künftigen Tagungen ergänzt und vertieft werden sollen. Die ebenso offen wie sachlich geführten Gespräche und Diskussionen fanden in einer Atmosphäre der Verständigungsbereitschaft statt, die für die Zukunft hoffen läßt. Die deutschen Teilnehmer danken der Polnischen UNESCO-Kommission und ihrer Präsidentin für ihre Initiative, für die ungewöhnliche Gastfreundschaft, vor allem aber für die Gesinnung, in der die Warschauer Gespräche geführt werden konnten.

Georg Eckert

Ländern zu erörtern und gegebenenfalls zu ergänzen bzw. in einzelnen Fragen zu vertiefen.

Für beide Seiten besonders wichtige Probleme – so die Darstellung der Gegenwart im Geographieunterricht, die deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter, im Zeitraum zwischen 1918 und 1933, sowie die Beziehungen beider Länder nach 1945 – sollen in Kürze auf den folgenden Tagungen eingehend diskutiert werden. In der Beurteilung so wichtiger Fragen, wie die der nationalsozialistischen Politik, bestand völlige Übereinstimmung.

Im Sinne der fruchtbar begonnenen Arbeit hat die UNESCO-Kommission der Bundesrepublik Deutschland zu einer weiteren Begegnung im Mai 1972 Vertreter und Schulbuchexperten der UNESCO-Kommission der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Diese Einladung wurde mit Zufriedenheit angenommen.

Die Ergebnisse der Begegnung in Warschau sollen sobald wie möglich in beiden Ländern veröffentlicht werden. Es besteht darüber hinaus die Absicht, darüber zu beraten, welche weiteren Möglichkeiten bestehen, durch Schaffung von zusätzlichem Lehrmaterial – Anthologien, Filmen etc. – zu einer objektiven Darstellung der gegenseitigen Beziehungen in der Vergangenheit und Gegenwart im Schulunterricht und in der Jugendziehung beizutragen.

Diese erste Begegnung hat gemäß den UNESCO-Prinzipien in einer Atmosphäre der Offenheit und wissenschaftlicher Sachlichkeit stattgefunden.

EMPFEHLUNGEN

1. Slawen und Germanen im Altertum und frühen Mittelalter

Über die Entstehung der großen indoeuropäischen sprachlich-ethnischen Gruppen, u. a. die Germanen und Slawen, deren Urheimat und Wanderungen im Altertum und die Ausbreitung der ostgermanischen Stämme gibt es verschiedene Hypothesen, und als solche sollten sie in den Schulbüchern gekennzeichnet werden.

Es steht fest, daß die Ostgermanen keine Vorfahren der deutschen Stämme waren.

Der europäische Kulturkreis des Mittelalters ist das Ergebnis der Synthese mediterran-christlicher, germanischer und slawischer Kultur.

2. Die Entstehung der europäischen Staaten im Mittelalter

In der Zeit des Überganges vom Früh- zum Hochmittelalter entfaltete sich die europäische Staatenwelt als das Ergebnis des Zerfalls des spätkarolingischen Imperiums und verschiedener Integrationsprozesse in anderen Gebieten Europas.

In dieser Zeit bildeten sich die staatlichen Institutionen in Frankreich, England, Deutschland, den skandinavischen Ländern, Polen, Böhmen, Ungarn und auf dem Boden der südslawischen Völker und der Kiewer Rus. Damals entstanden die gemeinsamen Züge der Verfassungsstrukturen und damit der Personenverband mit einer Dynastie an seiner Spitze sowie die kirchliche Organisation als Element der staatlichen Ordnung.

3. Das Kaisertum und die deutsch-polnischen Beziehungen im hohen Mittelalter

Die Institution des Imperiums enthielt die Konzeption von der Vorrangstellung des Kaisers. Als primus inter pares galt er sowohl in Byzanz als auch im Westen als Oberhaupt einer symbolisch aufgefaßten Familie der Könige.

Seit Mitte des 11. Jahrhunderts begannen sich neue Vorstellungen von den zwischenstaatlichen Beziehungen zu entwickeln. Diese führten im 12. Jahrhundert zur Herausbildung der Konzeption von der staatlichen Souveränität.

Die lehnsrechtlichen Theorien von den Formen zwischenstaatlicher Beziehungen sollen ein Gegenstand weiterer Diskussionen sein. Jedenfalls bedeuteten die Lehnshuldigungen polnischer Fürsten gegenüber dem Kaiser nicht die Eingliederung Polens oder polnischer Teilfürstentümer in das deutsche Königreich. Sie waren nur die Anerkennung der kaiserlichen Prerogative.

4. Die mittelalterliche deutsche Siedlung im östlichen Mitteleuropa

Die deutsche Kolonisation im östlichen Mitteleuropa sollte als demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Prozeß behandelt werden. Das Fortschreiten der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in Oberitalien, der Provence und den Rheinlanden um die Wende vom 1. zum 2. Jahrtausend machte aus ihnen Ausstrahlungszentren neuer Arten der Produktion und des Handels sowie neuer Rechtsformen für Stadt und Land. Alle europäischen Völker, darunter die slawischen und germanischen, schufen selbständig die Grundlagen, die ihnen die Übernahme neuer Kulturformen ermöglichten. Überall waren diese ein Faktor der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und des Erlühens der mittelalterlichen Kultur. Die nach diesen Formen von den Herrschern und dem Grundadel auf westslawischem Gebiet gewährten Rechte und Freiheiten lockten neue Siedler aus dem Bereich des alten karolingischen Imperiums heran. Diese Siedler spielten bei der wirtschaftlich-sozialen Umwandlung der westslawischen Länder vom 12. bis zum 14. Jahrhundert eine positive Rolle. Die Zahl der Siedler und der Umfang ihres Anteils an diesen Veränderungen läßt sich nicht vollständig klären. Das Übergewicht der Deutschen unter den Zuwanderern führte zur Entstehung des Terminus „deutsches Recht“ für die Umschreibung ihrer Freiheiten und Pflichten. Seit dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts wurde dieses Recht auch polnischen Siedlern gewährt. Infolgedessen war die Verbreitung des deut-

schen Rechtes unverhältnismäßig viel größer als der Anteil der Deutschen an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Polens im 13. und 14. Jahrhundert.

Die endgültige Bildung der deutschen Neustämme östlich der Elbe kam erst einige Jahrhunderte nach der mittelalterlichen deutschen Siedlung zum Abschluß.

5. Polen und der Deutsche Orden

In den polnischen Schulbüchern wird vor allem die säkular-staatliche und militärisch-expansive Rolle des Ordens hervorgehoben, in den westdeutschen seine zivilisatorische und missionarische Aufgabe betont. Es würde die weitere Diskussion erleichtern, wenn beide Momente berücksichtigt würden.

6. Die polnische Kultur im Zeitalter der Renaissance und der Aufklärung

Der eigenständigen Entwicklung und Leistung der polnischen Kultur in der Renaissance und der Aufklärung soll im Rahmen der Darstellung der Evolution des europäischen Geisteslebens durch Erwähnung in den Schulbüchern Rechnung getragen werden. Hier wäre z. B. auch der Rolle von Copernicus als eines polnischen Reichsbürgers und Gelehrten von europäischem Rang zu gedenken.

Die im Königreich Polen herrschende nationale und religiöse Toleranz bedarf ebenso einer Berücksichtigung wie der besondere Charakter der polnischen Reformation, deren bestimmende geistig-intellektuelle Antriebe und politische Motivation vor dem Hintergrund der generellen geistlichen Erneuerung nicht verschwiegen werden dürfen. Die beiderseitige Interdependenz, die von der Historiographie beider Länder erkannt worden ist, muß die bisherige Interpretation ablösen, es habe sich um einen einseitig von Westen nach Osten verlaufenden Kulturaustausch gehandelt.

7. Die polnischen Teilungen

Bei der Behandlung der polnischen Teilungen sind neben den vordergründigen politischen Motiven auch die sozio-ökonomischen Momente und die strategischen Überlegungen der Teilungsmächte zu berücksichtigen. Außerdem bedürfen die – unter anderen von Stanislaw August Poniatowski vorangetriebenen – originellen Ansätze, vor 1772 durch grundlegende Reformen des Staats- und Gesellschaftsgefüges die Adelsrepublik zu modernisieren, einer Erwähnung. Die von der modernen Historiographie beider Länder erschlossenen Quellen und die darauf basierenden Interpretationen sind bei einer Überprüfung der Darstellung der Verantwortung Preußens unter Friedrich II. am Zustandekommen der Ersten Teilung heranzuziehen.

8. Der Kampf des polnischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit

Das polnische Volk hat sich nach dem Verlust der Eigenstaatlichkeit in keinem der drei Teilungsgebiete mit der Tatsache der Teilung abgefunden; es hat vielmehr den Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit aufgenommen.

1. Dieser Kampf begann mit dem Aufstand Kosciuszkos (1794) und fand mit der Aufstellung militärischer Verbände an der Seite des napoleonischen Frankreichs (Polnische Legionen) seine Fortsetzung. Das Lied der Legionen „Noch ist Polen nicht verloren“ wurde die Nationalhymne Polens. Ein Ergebnis der Teilnahme polnischer Legionen an den Feldzügen Napoleons war die Gründung des Herzogtums Warschau im Jahre 1807, der Keimzelle eines polnischen Staates. Das Herzogtum Warschau war ein Bestandteil des napoleonischen Staatensystems und durch die Union mit dem Königreich Sachsen de facto ein Glied des Rheinbundes.

2. Die nächste Phase im Kampf des polnischen Volkes bildete die Gründung von zivilen und militärischen Untergrundorganisationen in europäischen Staaten, u. a. auf dem Territorium des Deutschen Bundes, die sich die Beseitigung der auf dem Wiener Kongreß geschaffene-

nen reaktionären Ordnung zum Ziel setzten. Der Wiener Kongreß hatte die polnische Frage nicht zur Zufriedenheit des polnischen Volkes gelöst. Statt ein unabhängiges Polen zu gründen, vereinigte man ein Großteil des Herzogtums Warschau mit einem Teil des ehemaligen russischen Teilungsgebietes zum Königreich Polen, in dem der Zar als polnischer König regierte. Der Westteil des Herzogtums Warschau wurde als Großherzogtum Posen mit der Krone Preußens vereinigt.

Der Aufstand im Königreich Polen war u. a. die Folge der Nichteinhaltung der vom Zaren 1815 erlassenen Konstitution sowie die Konsequenz des Versuches, die polnische Armee gegen revolutionäre Bewegungen in Europa (Belgien) einzusetzen. Am Aufstand nahmen der Kleinadel, ein Teil des Bürgertums, die Intelligenz, die studentische Jugend sowie die Offiziere teil. Er dauerte von Ende November 1830 bis Anfang Oktober 1831 und war einer der Faktoren, die den Sieg der französischen Julirevolution ermöglichten.

3. Der Krakauer Aufstand 1846 und die Bewegung in Posen eröffneten den europäischen „Völkerfrühling“. Zwei Jahre danach brach die Revolution im Großherzogtum Posen, in Krakau und in Galizien aus.

4. Infolge der Niederlage des Novemberaufstandes wurde das Königreich Polen beseitigt und sein Territorium dem Russischen Kaiserreich einverleibt. Der Widerstand gegen die Russifizierungspolitik des Zarenreiches und der Kampf um Unabhängigkeit führten zu einem der größten polnischen Aufstände – dem Januaraufstand 1863. Die Erhebung wurde durch die polnische Gesellschaft im ehemaligen Königreich Polen und in den anderen Teilungsgebieten sowie unter Mitwirkung der polnischen Emigration vorbereitet. Die Hauptzentren dieser Emigration, die sich nach dem Novemberaufstand gebildet hatte, befanden sich in Frankreich, Großbritannien und der Schweiz. In den Aufstand wurden alle sozialen Schichten einbezogen; er verdient es daher, als nationale Erhebung charakterisiert zu werden. Eine Folge der Niederlage war das Anwachsen des Terrors und der Unterdrückung (Verhaftungen, Deportationen nach Sibirien, verstärkte Russifizierungspolitik). Die bewaffnete Erhebung hatte aber auch positive ökonomische, soziale und kulturelle Veränderungen zur Folge.

9. Der Einfluß des polnischen Freiheitskampfes auf Deutschland

Die polnische Frage besaß nicht nur einen nationalen, sondern auch einen internationalen Aspekt.

1. Die fortschrittlichen Kräfte Polens und anderer Völker erstrebten gemeinsam neue gerechte soziale und politische Verhältnisse.

2. Besonders deutlich wurde dieses Streben bei der Zusammenarbeit der liberalen und demokratischen Strömungen in Polen und Deutschland. Die ersten Symptome einer solchen Zusammenarbeit wurden bereits in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts spürbar, besonders unter der studentischen Jugend. Es wurden bereits damals Verbindungen zwischen Studentengruppen in Warschau, Krakau, Wilna einerseits und Burschenschaften in Berlin, Breslau, Königsberg, Heidelberg und Marburg andererseits geknüpft. In Berlin und Breslau gab es sogar gemeinsame deutsch-polnische Studentenbünde.

3. Die Vertreter der jungen Generation in Deutschland gaben 1830 ihrer Sympathie für das kämpfende polnische Volk offen Ausdruck; sie organisierten nicht allein Solidaritätskundgebungen, sondern nahmen auch als Ärzte und Sanitäter an dem Aufstand teil.

Die Aufständischen, deren Weg in die Emigration durch Deutschland führte, wurden von der deutschen Gesellschaft herzlich empfangen.

In vielen Städten entstanden Polenvereine. Sie förderten

- a) die Annäherung führender Persönlichkeiten der liberalen und demokratischen Bewegung in Polen und Deutschland,
- b) die materielle Hilfe für die polnische Bewegung,
- c) sie trugen nicht zuletzt zu der Popularisierung der polnischen Frage in der Dichtung (Polenlieder), Publizistik und wissenschaftlichen Literatur bei.

Die Polenfrage wurde zu einem Kristallisationspunkt der liberalen Opposition in Deutschland. In der Presse, in der Publizistik und in den Landtagen wurde jede Gelegenheit genutzt, um die Solidarität der

deutschen Gesinnungsgenossen mit dem kämpfenden Polen zu demonstrieren und sich zugleich über die wichtigsten politischen Fragen des eigenen Landes zu äußern. Die Polenvereine waren neben den Komitees für die Verteidigung Griechenlands in den 20er Jahren eine der ersten organisierten Formen der liberalen Opposition in Deutschland.

4. Die Verbindung zwischen den fortschrittlichen Kräften in Deutschland und Polen wurde in den 30er Jahren weiter intensiviert. Die Vertreter der polnischen Emigration waren Ehrengäste auf dem Hambacher Fest, wo die polnische Fahne neben der deutschen und französischen Trikolore wehte. Viele polnische Offiziere nahmen an den konspirativen Bewegungen in Deutschland teil, so an dem Frankfurter Aufstand von 1833.

5. Die von den Polen propagierte Kampfparole „Für Eure Freiheit, für unsre Freiheit!“ spiegelte sich u. a. in der Gründung des „Jungen Europa“ wider, der ersten revolutionären Organisation, die nicht zuletzt auf Initiative der deutschen und polnischen Emigration in der Schweiz zustande kam. Ihre politische Programmerkklärung wurde von den polnischen und deutschen Vertretern erarbeitet und zuerst unterschrieben. Das „Junge Europa“ umfaßte die folgenden nationalen Sektionen: Junges Deutschland, Junges Polen, Junges Italien, Junges Frankreich, Junges Spanien und die Junge Schweiz; es wollte der reaktionären „Heiligen Allianz“ der Monarchen einen Bund der freien Völker entgegenstellen.

6. Die Verhaftung der führenden Persönlichkeiten der polnischen Geheimbünde in Posen 1846 und der Polenprozeß des Jahres 1847 steigerten das Interesse der öffentlichen Meinung Deutschlands an der polnischen Frage; sie förderten die revolutionäre Stimmung in Preußen. Das Ergebnis war die Befreiung der polnischen Häftlinge während der Berliner Märzrevolution und ihre Teilnahme an den revolutionären Ereignissen des Jahres 1848 in Deutschland. Polen kämpften auf den Barrikaden in Berlin, Dresden, Wien und später, während der Reichsverfassungskampagne, in Baden und der Pfalz.

7. In den Jahren 1848/49 kam es zu einer Neubewertung der polnischen Frage durch die liberale Bourgeoisie in Deutschland. In der

Polendebatte der Frankfurter Nationalversammlung entfernte sich die Mehrheit der Liberalen von ihren bisherigen propolnischen Sympathien und verwarf den Gedanken der Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates, da sie nicht bereit war, auf das Großherzogtum Posen zu verzichten. Ihre antipolnischen Vorbehalte wurden während des Aufstandes im Großherzogtum Posen besonders deutlich. Die relativ kleine demokratische Partei in der Frankfurter Nationalversammlung beharrte dagegen auf ihrer konsequenten Stellungnahme zugunsten der Rechte des polnischen Volkes auf einen freien und unabhängigen Staat. Das galt vor allem für die Anhänger der von Karl Marx redigierten „Neuen Rheinischen Zeitung“.

8. Der Kampf für die Freiheit und für die Rechte des polnischen Volkes wurde in den 60er und 70er Jahren von der jungen deutschen Arbeiterbewegung fortgesetzt. Ihre führenden Persönlichkeiten vertraten in Reden und Schriften diesen offiziellen Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

9. Die Gründung der I. Internationale ist mit der polnischen Frage eng verbunden. Die Internationale wurde 1864 in London auf einer Gedenk- und Solidaritätskundgebung für den polnischen Januar-Aufstand gegründet. Karl Marx nahm an dieser Kundgebung und an der Gründung der Internationale maßgeblichen Anteil.

10. Industrialisierung

Bei der Behandlung der Industrialisierung im 19. Jahrhundert sollte berücksichtigt werden, daß der Aufbau der Schwerindustrie im Ruhrgebiet nur durch den Zustrom deutscher und polnischer Arbeiterbevölkerung aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates möglich war. Dadurch erhielten einige Städte des Ruhrgebietes, z. B. Bochum, Herne, Gelsenkirchen starke polnische Bevölkerungsanteile. Ihre Mitwirkung am Aufbau der Industrie und am Ausbau der Städte ist erheblich.

Als ein Gegenstück sollte der Aufbau der Textilindustrie in Lodz und Umgebung behandelt werden, der in der ersten Hälfte des Jahrhunderts

durch deutsche Tuchmacher und Weber aus den preußischen Ostprovinzen begonnen und z. T. durch deutsche Fabrikanten aus Westdeutschland fortgesetzt wurde. Dadurch hatte die polnische Industriestadt Lodz einen starken deutschen Bevölkerungsanteil, der sowohl im Bürgertum wie in der Arbeiterbewegung (SDKPiL) eine Rolle spielte.

11. Polenpolitik

Bei der Behandlung des Deutschen Kaiserreiches sollten die Polenpolitik Bismarcks und der Volkstumskampf, vor allem in den Provinzen Posen und Westpreußen, berücksichtigt werden. Bei der Polenpolitik sollte – vom Kulturkampf ausgehend – auf die verschiedenen restriktiven Maßnahmen wie die Einstellung des polnischen Unterrichts, die Ausweisung nichtpreußischer Staatsbürger sowie auf die Ansiedlungspolitik hingewiesen werden. Dabei sollte deutlich werden, daß die Polenpolitik unter Bismarcks Nachfolgern zwar Schwankungen unterlag, im ganzen aber doch eine Zurückdrängung des polnischen und eine Stärkung des deutschen Bevölkerungsanteils mit verschiedenen Mitteln anstrebte, ohne damit Erfolg zu haben, da die Prozentsätze sich eher zuungunsten des deutschen Anteils verschoben. In diesem Zusammenhang könnte auch die polnische Nationalbewegung in Oberschlesien behandelt werden.

12. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1933–1939

Bei der polnisch-deutschen Nichtangriffserklärung von 1934 handelt es sich nicht, wie in vielen Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland behauptet wird, um einen „Freundschaftspakt“. Die Unterzeichnung des Abkommens hat es jedoch der nationalsozialistischen Regierung erleichtert, sich als europäischen „Ordnungsfaktor“ und „Friedensstifter“ hinzustellen. Polen hoffte, durch diese Erklärung das Deutsche Reich an sich zu binden, um eine Annäherung Deutschlands an die Westmächte, die auf Kosten Polens gegangen wäre, zu verhindern. Ein zweites Motiv der polnischen Seite war der Versuch, durch die Nichtangriffserklärung eine Öffnung der Sowjetunion nach Europa zu unterbinden.

Da es Hitler nicht gelang, Polen in einen Satellitenstaat zu verwandeln, war er 1939 zu einer kriegerischen Lösung entschlossen. Die Danziger Frage war für ihn nicht der Kriegsgrund, sondern nur ein Vorwand. Polen hatte unter diesen Umständen nur die Wahl, auf seine Eigenständigkeit zu verzichten oder sich zur Wehr zu setzen.

13. Die nationalsozialistische Besatzungspolitik und der Widerstand

Beide Delegationen waren sich darin einig, daß bei der Behandlung des 2. Weltkrieges die nationalsozialistische Besatzungspolitik und ihre Konsequenzen für das polnische Volk hinreichend dargestellt werden müssen. Es sollte insbesondere deutlich werden, daß die Politik des Hitler-Regimes nicht nur die Auslöschung des polnischen Staates zum Ziel hatte, sondern auch die Ausrottung der polnischen Intelligenz und Kultur, die Vernechtung des polnischen Volkes, die Umwandlung Polens in einen Kolonialraum anstrebte. Die Schulbücher der Bundesrepublik Deutschland sollten sowohl diese Tatsache, wie auch den Kampf der polnischen Streitkräfte, die den Fortbestand des polnischen Staates symbolisieren, und die Aktivität der polnischen Widerstandsbewegung, insbesondere die Erhebung des Warschauer Gettos und den großen Warschauer Aufstand würdigen. Die deutschen Kollegen begrüßen die Tatsache, daß in den von ihnen eingesehenen polnischen Schulbüchern zwischen Deutschen und „Hitlerfaschisten“ unterschieden wird. Sie würden es allerdings begrüßen, wenn die deutsche Widerstandsbewegung, wie die polnische ein Glied der großen europäischen Widerstandsbewegung, in den polnischen Schulbüchern ausführlicher berücksichtigt würde. Um die Arbeit der Schulbuchautoren und Geschichtslehrer zu erleichtern, werden beide Delegationen Darstellungen der polnischen bzw. der deutschen Widerstandsbewegung ausarbeiten, die den gemeinsamen Empfehlungen als Annex beigefügt werden.

14. Geographie

Die detaillierte Analyse der Schulbücher für Geographie und der Atlanten zeigt eine Reihe von Fehlern und Ungenauigkeiten, die beide Län-

der betreffen. Um diese Fehler zu beseitigen, wurde es in der Diskussion zwischen den Vorsitzenden beider Delegationen als notwendig erkannt, das Material, insbesondere das informatorische, statistische, kartographische und Abbildungsmaterial systematisch auszutauschen.

Ebenso wurde festgestellt, daß die Auswahl der Fakten, die in den Schulbüchern enthalten sind, nicht immer die vollständige und objektive Kenntnis des jeweiligen anderen Landes vermitteln, daß sie nicht genügen, die aktuelle ökonomische, soziale und politische Situation kennenzulernen und daß sie der Annäherung beider Länder nicht dient.

Es wurde empfohlen, eine gründlichere und objektivere Zusammenstellung des Unterrichtsmaterials vorzunehmen. Ebenso wurde als notwendig erkannt, danach zu streben, aus den Schulbüchern die Elemente zu entfernen, die in der Jugend emotionales Verhalten auslösen, weil dieses nicht ihrer Erziehung im Geist gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Achtung sowie dem friedlichen Zusammenleben beider Länder dient.

Die politischen Fragen, die in den geographischen Schulbüchern enthalten sind, sollen im Geiste des Vertrages vom 7. 12. 1970 zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland („Warschauer Vertrag“) behandelt werden.

TEILNEHMER

Polnische Delegation

Markiewicz, Wladyslaw, Prof. Dr.

Stellvertretender Präsident der Polnischen UNESCO-Kommission,
Korrespondierendes Mitglied der Polnischen Akademie der
Wissenschaften (PAN), Sekretär der Sektion Sozialwissenschaften
der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Universität Warszawa

Tazbir, Janusz, Prof. Dr.

Stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der
Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa
(Vorsitzender der Expertengruppe)

Expertengruppe

Dowiat, Jerzy, Prof. Dr.

Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften,
Warszawa

Gierowski, Józef, Prof. Dr.

Direktor des Instituts für Geschichte der Jagellonen-Universität,
Kraków

Gierlowski, Wlodzimierz, Mag.

Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa

Grzedzielski, Wladyslaw, Mag.

Generalsekretär der Polnischen UNESCO-Kommission, Warszawa

Kondracki, Jerzy, Prof. Dr.

Direktor des Instituts für Geographie der Universität Warszawa

Krasuski, Jerzy, Doz. Dr.

Westinstitut Poznan

Kusinski, Witold, Doz. Dr.

Stellvertretender Direktor des Instituts für Geographie der
Universität Warszawa

Labuda, Gerard, Prof. Dr. —

Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied des
Präsidiums der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Institut
für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften,
Poznan

Ladogórski, Tadeusz, Prof. Dr.

Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften,
Wroclaw

Parucki, Kazimierz, Mag.

Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa

Raczkowski, Waclaw, Mag.

Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa

Sabillo, Zbigniew, Mag.

Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa

Szczesniak, Andrzej, Mag.

Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa

Szostakowski, Stanislaw, Doz. Dr.

Prorektor der Lehrerhochschule Olsztyn

Swierczynski, Konrad, Dr.

Institut für Geographie der Universität Warszawa

Topolski, Jerzy, Prof. Dr.

Adam-Mickiewicz-Universität, Poznan

Trawkowski, Stanislaw, Doz. Dr.

Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften,
Warszawa

Wapinski, Roman, Doz. Dr.

Direktor des Instituts für Geschichte der Universität Gdansk

Wawrykowa, Maria, Doz. Dr.

Institut für Geschichte der Universität Warszawa

Wojciechowski, Marian, Doz. Dr.

Sektion Sozialwissenschaften der Polnischen Akademie der
Wissenschaften, Warszawa

Verleger

Parnowski, Tadeusz, Doz. Dr.

Direktor des Staatlichen Schulbuchverlages, Warszawa

Brunner, Zbigniew, Mag. Ing.

Stellvertretender Direktor des Staatlichen Kartographischen
Verlages, Warszawa

Bilanów, Kazimierz, Mag.

Verlag Interpress, Warszawa

Górski, Henryk, Mag.

Staatlicher Kartographischer Verlag, Warszawa

Jagiello, Bogdan, Mag.

Staatlicher Schulbuchverlag, Warszawa

Przystasz, Danuta, Mag.

Staatlicher Schulbuchverlag, Warszawa

D e u t s c h e D e l e g a t i o n

Eckert, Georg, Prof. Dr.

Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission und Direktor des
Internationalen Schulbuchinstituts, Braunschweig

Gail, Anton J., Prof. Dr.

Pädagogische Hochschule Köln

Hillers, Elfriede, M.A.

Wiss. Mitarbeiterin am Internationalen Schulbuchinstitut,
Braunschweig

Hoensch, Jörg, Prof. Dr.

Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der
Universität Tübingen

Ludat, Herbert, Prof. Dr.

Direktor des Instituts für Kontinentale Agrar- und Wirtschafts-
forschung an der Universität Gießen

Meyer, Enno, Dr.
Oldenburg

Rhode, Gotthold, Prof. Dr.
Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Mainz

Rissom, Hans-Wolf, Dr.
Pädagogischer Referent der Deutschen UNESCO-Kommission, Köln

Schröder, Carl-August, Dr.
Georg-Westermann-Verlag, Braunschweig

Sievers, Rosemarie
Studienleiterin, Pädagogische Hochschule Braunschweig

Wöhlke, Wilhelm, Prof. Dr.
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin